Zeitgeschichte

CIA warb für KPD

Die KPD wäre nie verboten worden, wenn die USA sich bei den Deutschen durchgesetzt hätten. 1956 wurde die Partei durch das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Adenauer-Regierung untersagt. Ausgerechnet der US-Geheimdienst CIA votierte gegen ein Verbot, wie Akten im Washingtoner Nationalarchiv zeigen. Danach hatten die US-Besatzer die KPD zwar bei der Zuteilung von Zeitungspapier oder Büromobiliar zunächst gezielt benachteiligt. Aber selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges 1950 lehnten die Amerikaner ein Verbot ab. Sie argumentierten, eine legale KPD ließe sich besser kontrollieren. Bonn sollte sich lieber „einzelne Mitglieder“ als die ganze Partei vornehmen. Später befand dann die CIA, ein Verbot sei überflüssig. Die KPD sei „nicht in der Lage“, die Bonner Westbindung zu verhindern oder gar die Macht an sich zu reißen. Es gäbe überhaupt nur eine Handvoll Kommunisten, deren Verhaftung sich lohne, so der US-Dienst 1954. klw

Sondierungen

Versöhnung beim Thema Glyphosat

Union und SPD haben vereinbart, den Streit um den Einsatz des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat schnell und einvernehmlich zu lösen. Das ist ein Ergebnis des Spitzentreffens beider Seiten am Mittwoch, an dem zeitweise auch Landwirtschaftsminister Christian Schmidt und Umweltministerin Barbara Hendricks teilnahmen. Schmidt hatte kürzlich gegen den ausdrücklichen Willen Hendricks und auch des Kanzleramts in der EU dafür gestimmt, die Zulassung für Glyphosat zu verlängern. Die SPD hatte das als schwere Belastung für Sondierungsgespräche empfunden. Bei dem Treffen legten beide Seiten zudem fest, keine Zwischenstände der Verhandlungen zu kommunizieren. So dürfe kein Sondierungsteilnehmer in Talkshows gehen oder Interviews geben. Außerdem wurden Aufträge für Arbeitsgruppen vereinbart, die bis Donnerstag ihre Gespräche zu 14 Themenfeldern beendet haben sollen. ran

Flotte

„Extremfall dieser Mangelwirtschaft“

RAINER JENSEN / DPA

Hans-Peter Bartels, 56 (SPD), Wehrbeauftragter des Bundestags, zur U-Boot-Misere bei der Marine

SPIEGEL: Seit Mitte Oktober ist kein deutsches U-Boot mehr einsatzfähig – wie konnte es so weit kommen?
Bartels: Seit der letzten Bundeswehrreform 2011 werden kaum noch Ersatzteile auf Vorrat gekauft. Die materielle Einsatzbereitschaft ist dadurch in allen Truppenteilen stark gefährdet – von ihren 244 „Leopard“-Kampfpanzern kann die Bundeswehr derzeit nur 95 zum Üben nutzen, weil die anderen kaputt sind oder umgerüstet werden. Bei den U-Booten ist jetzt der Extremfall dieser Mangelwirtschaft eingetreten: Von sechs fahren sechs nicht mehr.
SPIEGEL: Das U-Boot-Geschwader ist ja auch zur Ausbildung da. Gibt es noch genug U-Boot-Fahrer, wenn die Schiffe repariert sind?
Bartels: Wenn über Monate keine Ausbildung im Wasser möglich ist, wirft das die Marine auch personell zurück. Das bedeutet, dass die Flotte gegenwärtig keine geschlossene einsatzfähige U-Boot-Besatzung mehr hat.
SPIEGEL: Das heißt, es gibt nicht nur einen materiellen, sondern auch einen personellen Notstand?
Bartels: Ich bin zu Beginn meiner Amtszeit 2015 mal zum Standort des Transportfliegers A400M in Wunstorf gefahren – da gab es jede Menge ausgebildete Piloten, aber keine A400M. Danach war ich in Eckernförde – da war die Lage damals genau umgekehrt: Es gab U-Boote, aber zu wenig Besatzungen. Das liegt daran, dass die Marine nur so viele Spezialisten einstellen und ausbilden kann, wie sie tatsächlich braucht – wenn dann später jemand abspringt, fehlt es an Ersatz.
SPIEGEL: Wann wird sich die Lage bessern?
Bartels: Drei der sechs Boote sollen bis November wieder flott sein, so die offizielle Prognose. Mit Verzögerungen ist immer zu rechnen. ab

DANIEL REINHARDT / DPA

Indienststellung des U-Boots „U36“ in Eckernförde 2016

Entführungen

Zeuge aus Vietnam

Im Fall des aus Berlin entführten vietnamesischen Geschäftsmanns Trinh Xuan Thanh prüfen die deutschen Strafverfolgungsbehörden, wie sie einen neu aufgetauchten Zeugen vernehmen können. Ein Oberstleutnant der vietnamesischen Geheimpolizei aus der Abteilung, die für die Entführung verantwortlich gewesen sein soll, wollte nach Deutschland fliehen, um dort Asyl zu beantragen. Der Mann, Phan Van Anh Vu, 42, wurde aber in Singapur festgesetzt, nachdem Hanoi seine Pässe annulliert hatte. Seine Ehefrau hat einen Frankfurter Anwalt beauftragt, sich für eine schnelle Aufnahme ihres Mannes durch Deutschland einzusetzen. „Der Offizier kann den deutschen Behörden wertvolle Hinweise über die Entführung und ihre Auftraggeber liefern“, so Petra Schlagenhauf aus dem deutschen Anwaltsteam des entführten Trinh. „Die Deutschen sollten ihn zumindest vernehmen, solange er noch in Singapur ist.“ Nach Informationen aus Sicherheitskreisen wird ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen geprüft, da man an den Aussagen sehr interessiert sei. Trinh und seine Begleiterin waren am 23. Juli im Berliner Tiergarten in einen Transporter gezerrt und nach Hanoi verschleppt worden. Die vietnamesische Regierung wirft ihm vor, als Manager einer Tochtergesellschaft von PetroVietnam Millionenverluste verursacht zu haben. Am 8. Januar beginnt der erste von zwei Prozessen gegen Trinh – seine Anwälte vermuten dahinter politische Machtspiele. kno